

## **Stellungnahme zu den Fragen der Fraktionen**

*von*

**Dr. Markus Linden**

Vorbemerkung: Ich habe mich an der Beantwortung aller Fragen versucht. Einen Expertenstatus kann ich jedoch am ehesten im Bereich der Demokratietheorie und empirischen Demokratieforschung (insbesondere neue Repräsentations- und Partizipationsformen sowie schwache Interessen) beanspruchen. Aus der Orientierung an den Fragen der Fraktionen resultieren trotz Vermeidungsanstrengungen unweigerlich Doppelungen. Naturgemäß sind einige meiner Aussagen strittig. Da es sich nicht um ein Gutachten handelt, sondern um eine Stellungnahme, habe ich abweichende Argumentationen nicht dargestellt. Aus Gründen der Lesbarkeit verzichte ich auf eine geschlechterneutrale Sprache. Mit Bürgern sind natürlich auch Bürgerinnen gemeint.

### ***I. „Fragen der CDU/CSU-Fraktion:***

1. Das Internet ist ein Konvergenzmedium, das bislang getrennte Kommunikationsformen vereint. Welche Rolle spielen dabei künftig journalistische Vermittlungsleistungen? Welche Beziehungen sind zwischen professionellem Journalismus und Social Media erkennbar? Welche Veränderungen können bereits jetzt bei politischen Meinungsbildungsprozessen festgestellt werden und welche sind noch zu erwarten?
2. Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich an öffentlichen Diskursen im Internet zu beteiligen, ist sehr unterschiedlich stark ausgeprägt. Welcher Ansatz sollte verfolgt werden, um die politische Kommunikation sowie das bürgerschaftliche Engagement mit Hilfe des Internets zu stärken? Ist eine Differenzierung zwischen den einzelnen Verwaltungsebenen (Bund, Länder und Gemeinden) ratsam?“

*ad 1)* Die Anforderungen an journalistische Vermittlungsleistungen sind durch die Informations- und Beitragsflut des Internets gewachsen. Echtzeitmedien gibt es in Form von Radio und Fernsehen zwar schon lange, das Monopol zur Verbreitung von Textnachrichten haben die klassischen Zeitungen jedoch verloren. In der Folge positionieren sich große Printmedien einerseits als Nachrichtenvermittler und Aufmerksamkeitserreger im Netz (v.a. [spiegel.de](http://spiegel.de) und [bild.de](http://bild.de)), bauen jedoch gleichzeitig auch die meinungsbildenden, reportagehaften und recherchierten Bereiche ihrer Printausgaben aus. In den zentralen Debatten der jüngeren Vergangenheit (etwa „Sarrazin“, „Gutenberg“ oder „Wulff“) erwiesen sich die Printmedien zusammen mit ihren Online-redaktionen als eigenständige Agenda-Setzer. Ihr Einfluss ist keineswegs rückläufig,

sondern wird durch die Doppelpräsenz eher befördert. Ebenso wie der Onlinejournalismus räumt auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen der webbasierten Publikums-kommunikation im Rahmen seiner politischen Programme eine relevante Stellung ein. Hinsichtlich der Agenda-Setzung und Strukturierung von Debatten ist das Medium jedoch ein Nachläufer.

Das Internet leistet mithin in der Regel keinen eigenständigen Beitrag zur politischen Meinungsbildung, sondern dient als Resonanzboden und -verstärker, der vor allem durch die Vermittlungsleistungen des hergebrachten Journalismus befördert und strukturiert wird. Dabei ist zwar die zeitliche Taktung schneller geworden, jedoch weiterhin eine recht langfristige Konzentration auf Topthemen, die eine große Auflage erwarten lassen, beobachtbar. Hinsichtlich der Veränderung politischer Meinungsbildungsprozesse erweist sich die webbasierte Kommunikation vor allem im Hinblick auf selbstreferentielle Themen als kampagnenfähig (Beispiel „Anti-Acta-Protteste“). Ressourcen zur massiven Stärkung bzw. Bildung politischer Bewegungen bietet das Netz aus seiner Eigenlogik heraus vor allem dann, wenn es um „Netzthemen“ geht.

*ad 2)* Die politische Kommunikation mit Hilfe des Internets ist in der Praxis häufig als Werbemaßnahme angelegt. Oftmals werden eigene Entscheidungsmöglichkeiten suggeriert, obwohl es sich nur um Bürgerkonsultationen handelt, die in der Regel vorstrukturiert wurden. Auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems besteht ein Defizit webbasiert-interaktiver politischer Kommunikation in der starken Exekutivdominanz. Die Parlamente und Fraktionen auf den einzelnen Politikebenen werden häufig übergangen. Hinsichtlich der Stärkung politischer Partizipation ist das Internet zudem eher eine abhängige als unabhängige Variable. Das Internet eignet sich als technisches Medium zur Kommunikation zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, besitzt jedoch in der Regel keinen eigenständig politisierenden Effekt. Es wäre folglich verfehlt, einseitig Ansätze einer Bottom-Up-Politikformulierung zu verfolgen. Ebenso verfehlt ist der Glaube an die umfassende Rationalisierungs- und Konsensualisierungsfähigkeit des politischen Diskurses durch Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten. Letztlich bleiben unterschiedliche Ansichten ein unhintergebares Faktum des Politischen. In diesem Sinne kann die webbasierte Kommunikation eingesetzt werden, um die allgemeine Urteilsfähigkeit (im Sinne der Berücksichtigung verschiedener Perspektiven der Betroffenen) zu stärken. Die Illusion umfassender Konsensbildung sollte jedoch nicht hervorgerufen werden.

Konkret ergeben sich daraus u.a. folgende handlungsleitende Perspektiven: (1) Die Politisierung der Bevölkerung ist verbunden mit der transparenten Bereitstellung verschiedener Handlungsalternativen durch Repräsentanten, also insbesondere Abgeordnete und Parteien. Das Internet bietet ein ausbaufähiges technisches Hilfsmittel zur Diskussion und Anpassung dieser Programme. (2) Die webbasierte Kommunikation sollte vor allem zwischen Parlamenten und Bürgern stattfinden. Eine weitere Deparlamentarisierung der politischen Kommunikation durch Exekutivdominanz in diesem

Bereich (Beispiele bilden die Online-Konsultationen der EU-Kommission oder kommunale Bürgerhaushalte, die der Verwaltung obliegen) schwächt das programmatische Wechselspiel zwischen Politik und Gesellschaft, da die Parlamente als Ort politischer Diskussion und Verantwortlichkeit an Einfluss verlieren. Die direkte Kommunikation zwischen Exekutive und Bürgern schwächt zudem die Stellung der Parteiendemokratie. Politische Parteien sind als orientierungsgebende Institutionen jedoch unerlässlich, gerade in Mehrebenensystemen. (3) Zwar können webbasierte Beteiligungsformen auf allen Ebenen des politischen Systems eingesetzt werden, jedoch kann im lokalen Bereich am ehesten auf begrenzte politische Öffentlichkeiten zurückgegriffen werden, die dem Ausdifferenzierungseffekt des Internets widerstehen. Mithin bietet sich das Internet gerade hier als direkt-interaktives Kommunikationsmedium an. Auf allen Ebenen stellt das Internet ein hervorragendes Transparenzmedium zur Veröffentlichung von Dokumenten dar.

## **II. „Fragen der SPD-Fraktion:**

1. Wie hat das Internet bereits politische Kommunikation und Partizipation verändert? Was kann heute als ‚Standard‘ der politischen Kommunikation angesehen werden?
2. Welche Potentiale der Netzkommunikation werden schon genutzt? Inwieweit bleibt die Veränderung hinter den Erwartungen zurück?
3. Sind Strategien/best Practices bekannt, eine Verbreiterung der Basis derjenigen, die sich aktiv am politischen Prozess beteiligen, zu erreichen.“

*ad 1)* Hier kann über die bereits getroffenen Aussagen hinaus Folgendes festgestellt werden: Das Internet hat sich als Informationsmedium etabliert. Als Medium aktiver politischer Partizipation wird es jedoch nur von einer kleinen Anzahl der Internetnutzer genutzt. Die Sozialstruktur der Beteiligung konvergiert mit anderen aktiven Partizipationsformen. Es gilt die Faustregel: Je zeitintensiver und anspruchsvoller die Beteiligungsform, desto mehr determinieren soziale Faktoren (v.a. Bildung und Einkommen) den tatsächlichen Partizipationsgrad. Auf lokaler Ebene (etwa „Bud-Spencer-Tunnel“) und überregional (etwa „Acta“) konnte mittels des Internets ein mitunter erstaunlicher Mobilisierungseffekt erzielt werden. In der Regel, also insbesondere sofern es nicht um „Netzthemen“ geht, laufen Internetkampagnen jedoch parallel zu herkömmlichen Mobilisierungsformen (vgl. z.B. die Kampagnen auf [campact.de](http://campact.de)) und wirken diesbezüglich verstärkend.

Den, sofern man den Begriff verwenden will, „Standard“ praktizierter politischer Kommunikation durch Politiker und Parteien bilden Kommunikationsweisen, die sich stärker an positiven Vermarktungsstrategien anlehnen. Die Entwicklung ist nicht neu und wurde beispielsweise von Otto Kirchheimer oder Jürgen Habermas bereits in den 60er Jahren als Amerikanisierungsthese diskutiert. Neu herausgebildet hat sich die Be-

rufsgruppe der professionellen Politikberatung. Dem Internet wird als modernem Medium natürlich eine zentrale Rolle bei der politischen Kommunikation zugesprochen. In der Regel ist die Wirkungsweise professionellen „Politikmanagements“ in Form von PR in Deutschland jedoch weiterhin beschränkt, insbesondere wenn die programmatische Komponente nur schwach ausgeprägt ist. Entscheidender Faktor der Wahlentscheidung sind vielmehr politische Images, also Wertzuschreibungen an Parteien. Diese Persistenz politischer Orientierungen, die gleichzeitig negative Auswüchse der digitalen Medien-demokratie beschränkt, korreliert mit einem anhaltend hohen politischen Interesse in Deutschland. In diesem Sinne sollte politische Kommunikation, auch mittels des Internets, vor allem programmatisch-sachbezogen betrieben werden.

*ad 2)* Die teilweise großen Hoffnungen, die sich mit der sog. „digitalen Demokratie“ verbinden, werden und können sich nur ansatzweise erfüllen. Eine umfassende partizipatorische Revolution wird es aufgrund der bekannten Disparitäten politischer Beteiligung nicht geben. Einer Rationalisierung ist das Politische nur begrenzt zugänglich, da es dabei um einen öffentlichen Raum ausgetragener und geregelter Differenz geht. Die vielbeschworene Responsivität im Sinne der stärkeren Ankopplung an den Bürgerwillen kann folglich auch bei maximierter Partizipation nicht alle Gruppen gleichermaßen zufriedenstellen. Außerdem tendiert die Heterogenität des Internets dazu, die Ausdifferenzierung von Spezialöffentlichkeiten zu fördern. Größere Einsatzmöglichkeiten bietet das Internet als Transparenzmedium, etwa durch die Übertragung aller Ausschusssitzungen oder eine sanktionierbare Pflicht der Lobbyverbände, alle Eingaben an die Exekutive immer auch dem Parlament zuzuweisen, welches sie zu veröffentlichen hat. Die Dialogfunktion des Internets kann m.E. am ehesten in bereits bestehenden, insbesondere territorial begrenzten Öffentlichkeiten genutzt werden. In jedem Fall bedingt der Einsatz eines strukturell grenzenlosen Mediums ein Maß an Vorstrukturierung, Moderation und Verfahrensfestlegung, welches nicht geleugnet werden sollte.

*ad 3)* Die beste Praxis zur Verbreiterung der Basis aktiv teilnehmender und eher passiv wahrnehmender politischer Partizipation besteht in der transparenten Bereitstellung politischer Handlungsalternativen durch Repräsentanten. Gesellschaftliche Megatrends wie Individualisierung oder Entideologisierung stellen diesbezüglich eher eine Chance als ein Risiko politischer Aktivierung dar. Die Bildung politischer Milieus und Gruppen ist heute weniger als früher eine endogen-gesellschaftliche Vorgabe, sondern vielmehr auch als exogen-politisch determinierte Aufgabe zu begreifen. Eine Gefahr sehe ich in der schleichenden Entwertung von Wahlen gegenüber anderen Partizipationsformen. Bekanntermaßen ist die soziale Disparität bei Wahlen geringer, weshalb insbesondere die Einbindung sozial Schwacher mit deren spezifischer Wertigkeit korreliert. Insofern handelt es sich bei Wahlsiegen nach dekonfliktiv-apolitisch geführten Wahlkämpfen und demzufolge niedriger Wahlbeteiligung um Pyrrhussiege, die lediglich Mandate

sichern, aber keine ausreichende Bindung zwischen Politik und Gesellschaft herstellen. Ein zentraler Faktor für die Wertigkeit von Wahlen ist die Aufrechterhaltung der Prinzipien von Verantwortlichkeit und Zurechenbarkeit. Diesbezüglich kann das Internet in der angesprochenen Form eines Transparenzmediums gerade bei Koalitionsregierungen im Verbundföderalismus wertvoll sein – etwa durch die Publizität entscheidungsrelevanter Gremien wie dem Koalitions- oder Vermittlungsausschuss.

Auf der lokalen Ebene sollte über die Einführung von Losverfahren zur Besetzung beratender Gremien aus den Reihen der Bürgerschaft nachgedacht werden (z.B. in Form eines Bürgerausschusses). Trotz der bekannten Probleme, die mit der Durchbrechung des Freiwilligkeitsprinzips verbunden sind und eine angemessene Gratifikation der Mitarbeit erfordern, könnten damit individuelle Ressourcen erschlossen werden. Der Integrationsmodus der überlappenden Mitgliedschaft (David B. Truman) dürfte insbesondere bei politikfernen Schichten eine Wirkung zeigen, die über die Person des Ausgewählten hinaus in das nähere Umfeld ausstrahlt. Diesbezüglich kann auch über den Einsatz moderner Kommunikationsmittel nachgedacht werden, die dem Bürgerausschuss ein virtuelles, auf Freiwilligkeit beruhendes Gremium zur Seite stellen. Für alle Reformen politischer Repräsentation sollte jedoch gelten, dass die Verantwortlichkeit politischer Entscheidungsfindung beim jeweiligen Parlament klar erkennbar bleibt, so dass eine Sanktionsmöglichkeit von Seiten aller Bürger gegeben ist. Unerlässlich ist also die a priori Festlegung der Verfahren und Regeln.

### ***III. „Fragen der FDP-Fraktion:***

1. Wie kann Software grundsätzlich dazu beitragen, politische Kommunikation und Partizipation zu verbessern und wo sehen Sie die technischen Herausforderungen?
2. Wie schätzen Sie die gesellschaftliche Akzeptanz der politischen Kommunikation und Partizipation im Internet derzeit ein, welche Herausforderungen hinsichtlich dieser Akzeptanz sehen Sie und wie stellen Sie sich das ideale Partizipationsmodell der Zukunft vor?“

*ad 1)* Über technische Herausforderungen im engeren Sinn kann ich mir kein Urteil erlauben. Grundsätzlich folgt jedoch aus meiner dargestellten Position, dass die Rationalisierung politischer Willensbildung mittels Software starken Restriktionen unterworfen ist, die aus der Unhintergebarkeit des Pluralitätsprinzips resultieren. Insofern sollte Software (neben den üblichen Anforderungen wie Transparenz, Benutzerfreundlichkeit und Verfahrenssicherheit) so ausgestaltet sein, dass nicht die Ausarbeitung einer allgemein zustimmungsfähigen Problemlösung angestrebt wird, sondern zunächst einmal die klare Konturierung bestehender Alternativen. Software zur digitalen Bürgerbeteiligung sollte demnach vier in Reihe geschaltete Anforderungen erfüllen: Information – Konturierung der Handlungsalternativen – Reformulierung der Handlungsalternativen nach Diskussion – Abstimmung. Die Bestimmung von Experten

in einzelnen Politikfeldern, die z.B. bei „liquid democracy“ praktiziert wird und mit der Häufung von Stimmen auf Personen verbunden ist, halte ich aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes für illegitim.

*ad 2)* Über das bereits Ausgeführte hinaus bleibt hierzu festzustellen: Politische Partizipation ist ein Wert an sich, darf jedoch nicht zu einer Diktatur der Aktiven führen. Insofern ist die politische Integration politischer Gemeinwesen als Wechselspiel aus politischer Repräsentation und Partizipation zu begreifen. Politische Repräsentation zeichnet sich durch vier Grundelemente aus: (1) Verantwortlichkeit und Zurechenbarkeit, (2) die symbolische und inhaltliche Repräsentation der relevanten gesellschaftlichen Konfliktlinien, (3) die weitgehende Abwesenheit struktureller Benachteiligungen bei der Interessenvermittlung und Interessendurchsetzung sowie (4) die Mäßigung in Form einer die gesellschaftlichen Perspektiven umfassend berücksichtigenden Urteilsbildung. Kernelemente politischer Partizipation bilden (1) die Teilnahme an Wahlen und (2) das grundsätzliche politische Interesse. Begünstigende Voraussetzungen politischer Integration bestehen in (1) der umfassenden Publizität repräsentativen Handelns und in (2) der Existenz überlappender Mitgliedschaften, die quer zu hergebrachten sozialen Gruppengrenzen verlaufen.

Die größte Herausforderung bezüglich der Akzeptanz und Integrationsfähigkeit neuerer Partizipationsformen im Allgemeinen (kooperative Demokratie, Schlichtungsverfahren, direkte Demokratie etc.) und webbasierter politischer Beteiligung im Besonderen sehe ich in der Verzahnung dieser Partizipationsformen mit den hergebrachten, aber keineswegs überkommenen repräsentativen Institutionen. Aufgrund der Disparitäten politischer Partizipation und des Eigenwerts politischer Repräsentation, der v.a. aus der Herstellung eines integrativen Wechselspiels zwischen Repräsentanten und Repräsentierten resultiert, sollten neuere Partizipationsformen Aspekte stützen, die politische Repräsentation fördern und nicht unterlaufen. Eine hervorgehobene Stellung nimmt dabei das Öffentlichkeitsprinzip ein. Partizipatorische Leitideen, mit denen der Wahrnehmung einer geschlossenen und abgehobenen politischen Klasse entgegenge wirkt werden kann, sind: (1) die öffentliche Diskussion transparenter Alternativen, (2) die extensive Publizitätspflicht entscheidungsrelevanter Akteure und Institutionen, (3) die frühzeitige und rechtlich formalisierte konsultative Einbindung von Bürgern in Entscheidungsprozesse (nicht im Nachgang, wie bei Stuttgart 21) und (4) die Einräumung von Möglichkeiten eines direktdemokratischen suspensiven Vetos auf Bundesebene. Grundsätzlich sollte die Verantwortlichkeit politischer Entscheidungsfindung jedoch bei den Parlamenten verbleiben. Letztlich führen Ideen einer postparlamentarischen Governance zur intransparenten Verwischung von Einflussstrukturen und Urheberchaften, weshalb das zentrale demokratische Grundprinzip unterlaufen wird: Die Abwählbarkeit der Regierung.

#### **IV. „Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

1. Welche Vorteile ergeben sich durch die proaktive Veröffentlichung von Daten in maschinenlesbarer Form für die Transparenz politischer Entscheidungen und eine verbesserte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und welche Chancen bieten die bestehenden Informationsfreiheitsgesetze hier?
2. Skizzieren Sie bitte Trends und Perspektiven für die nächsten Jahre im Hinblick auf die Transparenz politischer Entscheidungen. Wie wird sich voraussichtlich politische Kommunikation durch Informationsfreiheitsportale wie frag-den-staat.de oder die generelle Öffnung von Entscheidungen und deren Hintergründen verändern?“

*ad 1 und 2)* Die positive Funktion des Öffentlichkeitsprinzips habe ich bereits herausgestellt. Politische Repräsentation bedingt umfassende Publizität. Es handelt sich um eine Grundbedingung des Wechselspiels zwischen Repräsentanten und Repräsentierten und um eine Voraussetzung der Sanktionierbarkeit und vorweggenommenen Reaktion (Carl Joachim Friedrich) repräsentativen Handelns. Mithin gilt: Möglichst alles muss auf den Tisch. Als Regierungssystem zeichnet sich die Demokratie durch eine große Anpassungsfähigkeit aus. Diese Adaptivität ist Teil der spezifischen institutionellen Resilienz der Demokratie. Den gestiegenen Transparenzforderungen wird deshalb in Zukunft häufiger nachgegeben werden. Entscheidend ist, dass die politische und ökonomische Vermachtung der neuen Beteiligungsformen begrenzt bleibt.

Ein Problem der Transparenz und Bürgerpartizipation sehen Kritiker in der Gefahr der Unregierbarkeit und Erzielung suboptimaler Ergebnisse, weshalb expertokratische Regierungsweisen weiter praktiziert und bisweilen sogar noch ausgebaut werden. Es wird immer (tlw. unbewusste) Versuche geben, Offenheit in scheinbar „unwichtigen Dingen“ zu praktizieren, um zentrale Entscheidungen auf anderen Wegen durchzusetzen. Langfristig ist die Begrenzung von Öffentlichkeit jedoch nicht nur normativ kritisch zu sehen, sondern dürfte auch praktisch eher Nachteile haben. Der offene Konfliktaustrag mit gegebener Verantwortlichkeit und Sanktionierbarkeit bindet die Bürger an die Demokratie, ist also konstitutiv für die politische Integration. Die breite Diskussion verschiedener Alternativen lässt zudem eher auf eine Verbesserung der politischen Ergebnisse schließen. Eine optimierte Outputleistung experto- bzw. technokratischer Regierungsweisen ist nicht erwiesen. Diesbezüglich tendieren beispielsweise deliberativ-rationale Expertengremien mit Einstimmigkeitsverpflichtung dazu, Zieldefinitionen restriktiv vorzunehmen und so einheitlichen Diskursen zu folgen, die relevante Perspektiven systematisch ausgrenzen. Die Ergebnisse folgen dann häufig einer vermeintlich rationalen gesamtökonomischen Logik und führen zur Exklusion nicht-ökonomisierbarer Anliegen. Durch Disparitäten politischer Repräsentation sind auch korporatistische Strukturen geprägt, die mittels der positiv diskriminierenden Einbindung vorbestimmter Gruppen arbeiten. Solche Institutionen stärken ein vorhandenes, abgrenzendes Gruppenbewusstsein – oder rufen es erst hervor.

Ein zu überwindendes Grundproblem der von mir präferierten offenen Bürgerpartizipation und -information besteht in der dabei erzeugten Anspruchshaltung. Am Ende des Diskussionsprozesses kann kein umfassender Konsens stehen, sondern nur eine qua Verfahren legitimierte Entscheidung über die Wertigkeit verschiedener Alternativen. Eine stärkere Sensibilisierung für diesen dezisionistischen Aspekt demokratischer Politik sollte bei Bürgerbeteiligungsverfahren vorgenommen werden. Oftmals wird (z.B. bei Schlichtungsverfahren) der falsche Eindruck einer umfassenden Konsensualisierungsoption erweckt. Hauptziel der Publizität bleibt aber die fundiertere Argumentation über Alternativen.

#### ***IV. „Fragen der Fraktion DIE LINKE:***

1. Hat sich mit der Netzkommunikation in Blogs, Foren und sozialen Netzwerken, eine neue Art von Öffentlichkeit herausgebildet? Wodurch zeichnet sie sich aus? Inwiefern verhält sie sich kritisch gegenüber der klassischen politischen Kommunikation von Parteien, Verbänden und anderen großen Organisationen?
2. Haben aus Ihrer Sicht die technischen Möglichkeiten der many-to-many-Kommunikation, die sich mit dem Internet entwickelt haben, zu einer verbesserten Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Geschehen geführt? Inwiefern tragen aus Ihrer Sicht Instrumente wie Liquid Democracy und ähnliche E-Partizipationstools zu einer verbesserten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Prozessen der demokratischen Entscheidungsfindung bei?
3. Inwiefern befördern die neuen technischen Möglichkeiten direkte Demokratie, und in wie weit gerät dabei die repräsentative Demokratie unter Rechtfertigungsdruck?“

Zu Aspekten aller drei Fragen vgl. oben. Darüber hinaus vielleicht noch Folgendes:

*ad 1 und 2)* Die angesprochene „neue Art von Öffentlichkeit [von unten]“ ist stark ausdifferenziert und unterteilt sich in verschiedene Spezialforen. „Schwarmintelligenz“ konnte bislang nur in wenigen Fällen, z.B. der Prüfung von Doktorarbeiten, unter Beweis gestellt werden. Hinsichtlich der Bewegungsfähigkeit verweise ich auf den bereits angesprochenen Aspekt der tendenziellen Selbstreferentialität der Netzpartizipation. Der Verdienst der neuen Art webbasierter Kommunikation besteht sicherlich in der Reaktion auf neue und insbesondere jugendspezifische Teilhabepreferenzen durch nicht-mitgliedschaftliche und themenspezifische Partizipationsangebote.

Die Kritik gegenüber klassischen Kommunikationsweisen ist in der Netzöffentlichkeit stark ausgeprägt. Darin manifestiert sich ein positiv besetztes Gleichheits-, Informations-, Rationalitäts- und Demokratisierungsideal, welches mit dem Netz verbunden wird und teilweise naive Züge trägt. Die Diskussionen auf „liquid democracy“ sind durch einen starken Bezug auf Veröffentlichungen im Netz geprägt, zeugen aber

bislang nicht von einer verbesserten Diskussionsqualität. Insgesamt manifestiert sich in der Netzöffentlichkeit jedoch eine neue Konfliktlinie (Netzfreiheit vs. Netzkontrolle), die parteipolitisch wirksam werden könnte. Paradoxerweise fungiert gerade die parteipolitische Ausdrucksform dieser Konfliktlinie (Die Piraten) als Verbindungsglied zwischen den Netzbewegungen und hergebrachten Institutionen. Eher unbeachtet von der öffentlichen Diskussion über diese Partei zeichnen sich die Piraten auch durch eine eigentlich sehr klassische Herangehensweise aus, die der in der Politikberatung populären Amerikanisierungsthese entgegen steht. Sie betreiben Straßenwahlkampf und setzen auf eine entpersonalisiert-sachbezogene Politik.

*ad 3)* Das Internet stärkt Bewegungen hin zu mehr direkter Demokratie, da sich neben Netzthemen auch Forderungen nach mehr Partizipation als vergleichsweise kampagnenfähig erweisen (insbesondere durch die Arbeit von „Mehr Demokratie“). Dem Rechtfertigungsdruck können die Vertreter der repräsentativen Demokratie am besten begegnen, indem sie Forderungen nach mehr direkter Demokratie nicht unreflektiert nachgehen, sondern die Vorzüge des Repräsentationsprinzips hervorheben und versuchen, Verfahren der Verzahnung partizipatorischer Innovationen mit diesen Vorteilen zu generieren. Dabei sollte nicht auf die hergebrachten Begründungen zurückgegriffen werden, die Repräsentation mit der Auswahl „fähiger“ Eliten und territorialen Erfordernissen begründen. Diese Argumente sind kalt, wenig herrschaftskritisch und verlieren auch durch das entschränkende Potential des Internets an Überzeugungskraft. Der normative Eigenwert des Repräsentationsprinzips besteht in anderen Aspekten: Verantwortlichkeit, Gleichheit der Wahl, öffentliche Diskussion, Manifestation von Konflikten, Mäßigung, Urteilsfähigkeit und Inklusivität. Partizipatorische Innovationen und webbasierte Kommunikationsformen gewinnen ihren Wert aus der Stützung dieser Faktoren. Zu den m.E. verfehlten Annahmen über die direkte Demokratie gehört hingegen der Glaube, es handele sich dabei um ein prinzipiell konsensuelles Politikelement.

### *Kontakt*

Dr. Markus Linden

Universität Trier, Fachbereich III, Politikwissenschaft

SFB 600, Teilprojekt C 7: „Die politische Repräsentation von Fremden und Armen“

Universitätsring 15, Zimmer DM 258

54296 Trier

Email: [lindenm@uni-trier.de](mailto:lindenm@uni-trier.de)

Tel.: 0651/201-2109

Web: <http://www.uni-trier.de/index.php?id=8010>

[http://www.sfb600.uni-trier.de/?site\\_id=108&proj\\_id=97c55518ce4f2542db88e3436e349dbc&sitename=Markus\\_Linden](http://www.sfb600.uni-trier.de/?site_id=108&proj_id=97c55518ce4f2542db88e3436e349dbc&sitename=Markus_Linden)

*Eigene Literatur zum Thema (Auswahl)*

Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.): *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden 2011: Nomos.

Markus Linden: *Die Onlinedemokratie – Falsche Versprechen und reale Chancen digitaler Beteiligungsformate*, online seit 2/2012 auf [diskus.dradio.de](http://diskus.dradio.de) [abrufbar unter: <http://diskurs.dradio.de/2012/02/15/die-digitale-demokratie-falsche-versprechen-und-reale-chancen-digitaler-beteiligungsformate/>].

Markus Linden: *Mehr Transparenz wagen*, in: die tageszeitung v. 15.08.2011, S. 12 [abrufbar unter <http://www.taz.de/Debatte-Mitwirkung/!76278/>].

Markus Linden: *Der Wert der Repräsentation*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 01.12.2010, S. N3 [abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/geisteswissenschaften/postdemokratie-wieviel-repraesentation-brauchen-wir-noch-11067515.html>].

Markus Linden: „*Die im Dunkeln sieht man nicht*“ – *Potentiale, Probleme und Perspektiven der Integration durch Repräsentation*, in: Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen, hg. v. Georg Weißeno, Bonn 2010: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 161-174.

*Literatur, auf die im Text explizit verwiesen wird*

Friedrich, Carl Joachim: *Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung. Eine empirische Theorie*, Köln u.a. 1970.

Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt a.M. 1990 (zuerst 1962).

Kirchheimer, Otto: *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., Heft 1/1965, S. 20-41.

Truman, David B.: *The Governmental Process. Political Interests and Public Opinion*, New York 1951.

*Weitere Literatur*

Barber, Benjamin: *Strong Democracy*, Berkeley/Los Angeles 1984 [der Klassiker partizipatorischer Demokratietheorie, mit ersten Ideen über ein Bildschirmtext-Informationssystem].

Eisel, Stephan: *Internet und Demokratie*, Freiburg 2011 [ein Skeptiker].

Rehfeld, Andrew: *The Concept of Constituency. Political Representation, Democratic Legitimacy, and Institutional Design*, Cambridge 2005 [ein Befürworter der E-Demokratie und zufallsbestimmter Wähler- bzw. Bürgerschaften].